

## Eine absolute Farce

## Gesundheit

## Zur Berichterstattung über die Corona-Pandemie und die Impfkampagne:

Inzidenz – der Wert mit einer Unbekannten. Dass sich Politik und Sach- beziehungsweise Fachverständ nicht auf einer Ebene treffen, zeigen unzählige Beispiele. Hinsichtlich des Inzidenzwertes jedoch ist mir kein Fall bekannt, der so instrumentalisiert und missbraucht wird. Zur Inzidenz sind drei Werte von Bedeutung: die Zahl 100 000 Personen, die Neuerkrankungen innerhalb von sieben Tagen sowie die Anzahl der Tests. Fehlt also ein Wert. Den gibt es in unserer komplett bürokratisierten Welt schlichtweg nicht, da es bis auf wenige Ausnahmen überhaupt keine Erhebungen gibt. Somit bleibt der Wert x immer konstant, und es wird bei steigenden Infektionen überhaupt nicht auf die Testanzahl eingegangen. Die Berechnung müssten berücksichtigen: sieben Tage konstant, Zu-/Abnahme der Infizierten, Zu-/Abnahme der Tests (nachgewiesenen, keine Home-Tests). Enttäuschend allerdings, dass neben den (ahnungslosen) Politikern auch von der Ärzteschaft sehr wenig zu diesem Thema kommt.

Jürgen Schmidt (69), Rentner, Morbach

Mit immer größer werdendem Unmut verfolge ich die unselige Vorgehensweise. Ich gehöre gewiss nicht zu den sogenannten Querdenkern oder Corona-Verweigerern, aber langsam reißt der Geduldsfaden bezüglich der Entscheidungen unserer Landesregierung, die, frisch gewählt, fröhlich mit ernsthafter Miene den Corona-Wahnsinn weiter betreibt. Demokratisch gewählt, zwang sie uns diktatorisch zu Spezial-Maskenkauf und jetzt auch noch zum Kauf von Corona-Schnelltests. Da freut man sich, die heimische Außergastronomie unterstützen zu können, und schon kommt die nächste Zwangsmaßnahme, dass man dort nur mit negativem Test zugelassen ist. Im Messepark Trier dürfen zu kostenlosen Schnelltests nur Trierer erscheinen. Das Testzentrum für Nicht-Trierer in der Loebstrasse hat nicht immer geöffnet. Man kann natürlich auch nach Saarburg fahren, um sich testen zu lassen, nach Schweich, Zerf, Hermeskeil oder Timbuktu, nur um vor dem Dom ein Glas Riesling trinken zu dürfen. Da steckt wohl wieder einmal die Idee dahinter, dass jetzt jeder, der sich ein wenig Normalität wünscht, sofort Laien-Schnelltests kauft oder sich für viel Geld bei der

Gastronomie testen lässt. So kann man die am Boden liegende Gastronomie auch nicht retten. Kaum waren Gastronomie und Hotellerie geschlossen, stiegen die Corona-Infektionen. Tatsache ist weiterhin, dass mit dem teuren Maskenzwang die Corona-Infektionen nicht gesunken sind. Tatsache ist, dass Gastronomie und Hotellerie seit dem ersten Lockdown alles getan haben, um eine sichere Umgebung für ihre Gäste zu gewährleisten. Tatsache ist, dass diese Betriebe seit fast fünf Monaten geschlossen und somit dem Untergang geweiht sind. Mir fehlen die Worte, dass Mallorca freigegeben wird, wir aber für die Außergastronomie im eigenen Land einen negativen Test vorweisen müssen. Diese „neue Normalität“ ist eine absolute Farce. Sie fördert das Sterben vieler Betriebe, seien es Gastronomen, Hoteliers, kleine Läden, Veranstalter erst richtig.

Barbara Wünsch-Schirmer, Waldrach

Auch wenn Versäumtes durch Kritik nicht aufzuholen ist, sehe ich Veranlassung festzustellen, dass es in Sachen Impfstoffen konkrete Verantwortliche für das Versäumte gibt; diese Verant-



Nach der Kehrtwende: Häschen Angela öffnet an Ostern den Biergarten. Prost!

KARIKATUR:  
ROLAND GRUNDHEBER

wortlichen sind für mich die zuständigen politischen Ressortleiter in der Bundesregierung. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Das ist zum einen der Minister für Gesundheit und zum anderen der Minister für Finanzen. Ich gehe von dem Szenario aus, dass es die Aufgabe des Gesundheitsministers war und ist, den Bedarf für den Impfstoff zu disponieren, und in der aktuellen Situation die dringendste Aufgabe des Finanzministers, die Mittel bereitzustellen. Da wird eben mal nicht das neue Budget-

tiert, sondern die Waffe gegen ein Virus, das uns umzingelt hat. Vielleicht hat der Gesundheitsminister den Bedarf richtig ermittelt, aber dem Finanzminister war der freizugebende Geldbetrag zu hoch? Zwei Männer, zwei Parteien, aber ein gemeinsames Desaster. Wie auch immer: Diese beiden Minister haben unprofessionell agiert. Na, ja, und die Chefin ... Dazu fällt mir nichts Entschuldigendes ein, außer: Auch der Herbst hat seine schönen Tage ...

Hans-Georg Becker, Schweich

## Macht unser Land rank und schlank und fit für die Zukunft!

## Politik und Finanzen

## Zum Artikel „Haushalt: Neuverschuldung steigt deutlich“ (TV vom 23. März):

Der Bund steuert auf eine noch nie dagewesene Neuverschuldung zu. Inzwischen haben die Grünen in ihrem Parteiprogramm dargelegt, wie man mit diesen Schulden umzugehen gedenkt. Wie bei der SPD soll die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt, für ein milliardenschweres Investitionsprogramm neue Schulden gemacht und Steuern erhöht werden. Das ist alles Gift für die Wirtschaft. Die FDP plädiert zwar für Steuerenkürzungen, um die Wirtschaft wieder zu stabilisieren; sie glaubt aber,

den Schuldenberg mit einem höheren Wirtschaftswachstum abtragen zu können. Ein Lottoschein hat da mehr Aussicht auf Erfolg. Die Union dümpelt derweil mehr oder weniger führungslos und ziellos vor sich hin. Nicht alles, was die Grünen wollen, ist falsch. In den letzten Jahren hat sich – schon ohne die Corona-Pandemie – ein riesiger Finanzbedarf aufgestaut. Zu viel wurde ignoriert, verschlafen, aufgeschoben, kaputtgespart. Insofern haben die Grünen recht, wenn sie Investitionen in einem riesigen Ausmaß fordern. Nur die Art der Finanzierung ist falsch. Es gibt effi-

zientere Wege als die Besteuerung der ohnehin gebeutelten Bevölkerung und die weitere Benachteiligung der Wirtschaft. Sucht man nach Finanzquellen, wird man bei unserer alles überwuchernden Bürokratie und unserer maßlos aufgeblähten Administration schnell fündig. Die Staatsausgaben müssen um zehn Prozent vom Bruttoinlandsprodukt gesenkt werden. Das spült 300 Milliarden Euro jährlich in die Kasse. Deutschland hat nach China weltweit das größte Parlament. Diesen Gigantismus, der nur den Parteien nutzt und den Steuerzahler viel Geld kostet, können wir uns nicht

mehr leisten. 709 MdBs, 96 EU-Abgeordnete und 1868 Landtagsabgeordnete und dazu noch über 430 Millionen Euro für externe Berater allein im Bund im Jahr 2020 sind des Guten zu viel. Der Club of Rome hat schon 2006 vorgeschlagen, die Anzahl der Bundesländer auf sechs etwa gleichgroße Länder zu verringern. Weniger Wahlen wären die Folge. Der Finanzausgleich würde abgeschafft. Kein Bürger verlöre seine Identität, ein Saarländer bliebe ein Saarländer, auch wenn sein Bundesland anders heißen würde. Über den Neuzuschnitt der Bundesrepublik müssen alle Deutsche

abstimmen, nicht nur die, die am Tropf des Länderfinanzausgleichs hängen, sondern auch die, die in diesen Topf einzahlen. Wenn man der Bevölkerung die Kassenlage erklärt und sagt, dass Deutschland damit schlanker und beweglicher wird, Steuererhöhungen vermieden und Schulden abgebaut werden können, fällt das Referendum mit Sicherheit positiv aus. In jeder Krise steckt der Keim für einen Neuanfang. Packen wir diese Chance am Schopf und machen Deutschland schlank und rank und fit für die Zukunft.

Hermann Mezger, Prüm

## Bauernopfer statt Schuldbewusstsein

## Katholische Kirche

## Zur Berichterstattung über Kardinal Woelki und das Missbrauchsgutachten:

Ich stelle mir gerade vor, ein Unternehmen oder eine Organisation in Deutschland stünde im Verdacht, systematisch schwere Straftaten zu vertuschen und die Straftäter aus den eigenen Reihen vor Strafverfolgung zu schützen. Um der öffentlichen Kritik und auch dem Eingreifen der Staatsanwaltschaft vorzubeugen, beauftragt der Vorstand eben dieses Unternehmens einen Gutachter, die Ermittlungen zu führen. Wenn der Gutachter dann zu einem Ergebnis kommt, das dem Vorstand nicht passt, erklärt man das gelieferte Gutachten für „mit methodischen

Mängeln behaftet“ und gibt ein neues Gutachten in Auftrag, das zu einem „angenehmeren“ Ergebnis kommt, weil es zumindest den Vorstandsvorsitzenden schont. Undenkbar? Nicht wenn man sich „Kirche“ nennt. Der Fall Woelki zeigt in erschreckender Deutlichkeit: Da bewegt sich keine weltliche Justiz und räumt diesen moralischen Sumpf mit den Mitteln des Strafrechts auf. Da fordert kein Politiker, gegen die Parallelgesellschaften der Kleriker vorzugehen. Da geht auch niemand auf die Straße, um gegen den „Staat im Staat“ zu protestieren, der seine eigenen mittelalterlichen Rechtsgrundsätze über das staatliche Recht stellt, stellen

darf. Mit ihrer „Gutachten-Strategie“ legt die Kirche stattdessen fest, wer zur Verantwortung gezogen und wie bestraft wird. Straffällige Laien werden entlassen, Priester werden bei Beibehaltung ihrer Bezüge versetzt. Personalverantwortliche Weihbischöfe im Rentenalter gehen jetzt in den „vorläufigen Ruhestand“ und der Vatikan soll „entscheiden“, wer als Erzbischof „abdankt“ – Bauernopfer statt Schuldbewusstsein und persönliche Konsequenzen. Und ein Kirchenfürst, ein moderner Pontius Pilatus, darf nach fast 20 Jahren Missbrauchsdiskussion „Strafvereitelung im Amt“ als „Vertuschung“ entkriminalisieren und immer noch mit im weinerlichen

Ton Betroffenheitsfloskeln vortragen, statt seinen Kardinalshut an den Nagel zu hängen. Was mich aber noch mehr als das empört ist, dass die Kirche auch bestimmen kann, was bestraft wird. Missbrauch ist und war immer mehr als das, was die Kirche verspricht aufzuarbeiten. Missbrauch sind und waren nicht nur die sexuellen Perversitäten der „Brüder im Nebel“. Missbrauch ist und war immer – auch strafrechtlich immer – die physische und psychische Misshandlung und die Vernachlässigung von schutzbedürftigen Kindern. Im Falle der Kinder in der Obhut von Kirchenmännern kommt dazu noch eine besonders schwer wiegende mora-

lische Schuld: Wer die schwachen nicht schützt, begeht nach kirchlichem Selbstverständnis auch eine Sünde gegen Gott. Als ehemaliger Schüler im Missbrauchsinternat Albertinum Gerolstein weiß ich, was alle diese Spielarten von Missbrauch, die man uns Kindern zugemutet hat, mit uns gemacht haben. Nicht nur ich warte schon mehr als 50 Jahre auf ein Wort der Entschuldigung und auf Wiedergutmachung „für durch die Kirche erlittenes Unrecht“. Das würde der katholischen Kirche besser anstehen als diese unwürdige Kölner Aufarbeitungssposse.

Marzellus Boos, Marmagen

## Meckern allein nützt wenig

## Bildung

## Zum Leserbrief „Verbreitete Naivität“ (TV vom 17. März):

Lieber naiv, aber praktisch, als impraktikabel, aber arrogant („Wer ist dieser Herr Brück?“ ... und wer ist dieser Dr. Andreas Wagner?). Bei allem Verständnis für Datenschutz hat es zurzeit wenig Sinn, eine schlecht handhabbare Video-Plattform (zum Beispiel BigBlueButton) aus Schutzrechtsgründen vorzuziehen, ja vorzuschreiben, und anwenderfreundlichere Programme (zum Beispiel Teams oder Zoom) zu verdammen. Die geringe Praktikabilität von Plattformen auch noch schönzureden („es zwingt doch Kinder und Jugendliche dazu, planvoller und systematischer mit dem Medium umzugehen“), ist in der momentanen Situation an Perversität nicht zu überbieten. Unsere Schülerinnen und Schüler haben einen Rechtsanspruch auf einen sachlichen und praktikablen Unterricht, und zwar alle, unabhängig von Alter, Herkunft, familiärem und finanziellem Hintergrund sowie persönlichen (Computer-)Fähigkeiten und Präferenzen. Dieser Anspruch stellt immer wieder Lehrer, Bildungsministerium, Eltern vor einen Berg teils widersprüchlicher Anforderungen, Wünsche und Restriktionen. Corona potenziert diese Herausforderungen. Es ist derzeit müßig, über echte und noch mehr vermeintliche Versäumnisse zu streiten. Entscheidend ist, in der jetzigen Sondersituation ein Maximum an Praktikabilität für Schüler, Lehrpersonal und Eltern zu gewährleisten.

Was Schüler lernen sollten, ist nicht, mit unsinnigen Programmen sinnvoll umzugehen, sondern generell ihre Privatsphäre zu erkennen und besser schützen zu lernen, in allen Lebenslagen und unabhängig von Medien, Programmen und Anbietern. Vermeintlich sicheren, ja zertifizierten Programmen zu trauen, das kann naiv sein. Jedes noch so „sichere“ Programm ist hackbar, und ein vermeintlich unsicheres ist vielleicht das bessere und zugleich sicherere. Schön, wenn der Landesdatenschutzbeauftragte auf Sicherheitslücken hinweist, aber meckern allein nützt wenig. Wo sind die deutschen und europäischen Computer-Kompetenzen, die den USA-Computer-Platzhirschen gleichermaßen anwendungs- wie sicherheitstechnisch die Stirn bieten?! Im privaten Bereich habe ich Zoom angewandt, und Teams bei Gremiensitzungen der Grünen. Nullo Problemo. Als VG-Ratsmitglied muss ich mit BigBlueButton zurande kommen. Eine mittlere Katastrophe: „Herr Hertel, blenden Sie die Videobilder auf ihrem Computer aus, dann funktioniert die Akustik besser“ (oder umgekehrt?). Und ich bin nicht der Einzige. So was nennt man Video-Konferenz! Das ist keine Kritik an der VG-Verwaltung!

Dr.-Ing. Wolfgang Hertel, Konz

## HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren? Kritische Einwände? Hat ein Thema, über das wir in der Zeitung oder im Netz berichtet haben, Sie besonders bewegt? Möchten Sie Ihre eigene Meinung kundtun? Schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2500 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf volksfreund.de veröffentlicht und archiviert werden. Geben Sie neben Ihrer vollständigen Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen der Redaktion).

Und so erreichen Sie uns:  
E-Mail: leserbriefe@volksfreund.de  
Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier

Produktion dieser Seite:  
Peter Reinhart

## Bis das Kartenhaus zusammenbricht

## Landwirtschaft

## Zum Interview „Lebensmittel und ihr Preis: Was läuft da schief?“ (TV vom 8. März):

Prof. Dr. Xenia Matschke hat in vielen Punkten ihrer Analyse zur Landwirtschaft völlig recht. Nur die Vorschläge zur Umsetzung fehlen mir. Im Preisvergleich von Fleisch, Wurstwaren und Lebensmittel sind wir im Allzeittief. Nie waren die Lebensmittel so preiswert/billig. Die Preise wurden ab den 1970/1980er Jahren von den neu erstandenen Discountern ständig nach unten gedrückt, und die Massenproduktion sollte es auf Kosten der Bauern richten. Die Gewinnspanne der heutigen „Big Five“ (Aldi, Lidl, Rewe, Edeka, Metro), die 80 Prozent der deutschen Lebensmit-

tel vertreiben, ist immer größer geworden. Wie reagierten die Bauern und Winzer? Sie vergrößerten auf Anraten der staatlichen Beratungsstellen ihre Betriebsgröße, um die Mehrkosten aufzufangen. Trotzdem blieb die Einkaufstaktik der Discounter weiter hart. Der Preisdruck auf die Schlachthöfe, Molkeereien und Kellereien stieg. Es handelte sich um schnell verderbliche Ware. Das Zeitfenster zum Verkauf ist klein. Kleine und mittlere Betriebe konnten oder wollten nicht mehr und gaben auf. Die Subventionspolitik förderte nur die Betriebsfläche – mit fatalen Folgen. Ställe wurden immer weiter optimiert. Mehr Vieh auf einer geringen

Stallfläche. Und immer weiter wurden die Bauern getrieben, noch günstiger, noch billiger, aber auch noch besser zu produzieren, bis das Kartenhaus zusammenbricht. Mein Vorschlag: Die gesamte Subventionssumme von Land, Bund, EU sofort stoppen und auf die Produkte umschlagen und nicht die Flächen subventionieren. Eine Umkehrung der heutigen Regel. Dafür gibt es festgesetzte Grundpreise, die direkt an Bauern und Winzer fließen. Zum Beispiel: 1 Liter Milch = 45 Cent, 1 Kilo Schweinefleisch = 3 Euro, 1 Kilo Rindfleisch = 5 Euro, 1 Ei = 30 Cent, 1 Liter Wein = 2 Euro. Gleichzeitig werden Dünge- und Gülleverordnung sofort umgesetzt, die Betriebsgrößen gedeckelt, Stäl-

le innerhalb von fünf Jahren (bei 50 Prozent Zuschuss) tiergerecht umgebaut. Bestandsschutz 25 Jahre garantiert. Betriebsgrößen: Milchkühe nur 100 Tiere, Schweinemast nur 1000 Tiere, Hühner auf zehn Herden je 1000 Hühnern, Weinbau 20 Hektar und so weiter. Gülle, Mist darf nur auf eigenen Flächen aufgebracht werden. Kein Import von fremder Gülle. Alle größeren Betriebe erhalten ab diesen Flächen keine Subventionen. Die Kalkulation/Formel lautet: Grundpreis plus Verarbeitungs-kosten, plus Gewinn der „Big Five“.

Das Statistische Landesamt hat heute schon Wissen davon, wo jedes Tier, bis hin zu Maus und Floh, gefüttert wird. Weiter so. Das Kar-

tellamt hat, durch reine staatliche Gründlichkeit, es versäumt, den Lebensmittelmarkt regional in der „sozialen Marktwirtschaft“ zu sichern. Dieses Amt sollte neu aufgestellt werden, es ist nicht reformierbar. Wir müssen uns von der „Geiz ist Geil“-Mentalität verabschieden, denn sonst liefert China in spätestens fünf Jahren so viel billiges Fleisch, dass unsere Bauern freiwillig aufhören werden. Und den „Big Five“ ist das völlig egal, ihre Spanne stimmt immer, und wir Verbraucher müssen dann an der Supermarkttheke „unkontrollierte“ Waren kaufen.

Stefan Koch, Lieser